

Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag.^a Suchan-Mayr

zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2024, Ltg.-223/V-1-2023

betreffend: betreffend Mehr Jobs für mehr Kreislaufwirtschaft

In der EU entstehen jährlich mehr als 2,2 Milliarden Tonnen Abfall, in Österreich sind es 71,26 Millionen Tonnen. Heruntergebrochen auf Niederösterreich sind dies etwa 18 Millionen Tonnen. Das ist ein Problem für Menschen und Umwelt, schließlich entstehen durch die große Menge an Abfällen viele CO₂-Emissionen, es gelangen schädliche Materialien in die Natur und wertvolle Ressourcen gehen verloren.

Eine Kreislaufwirtschaft würde genau hier ansetzen und Produkte reparieren, recyceln und wiederverwenden statt – wie bei einer klassischen Linearwirtschaft – einfach „alte“ Produkte zu entsorgen und neue zu produzieren.

Laut aktueller WIFO-Studie zu den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Hinblick auf die Ökologisierung der Wirtschaft gibt es in Österreich noch große Möglichkeiten im Bereich der Transformation hin zu einer Kreislaufwirtschaft. So gibt es noch einen hohen Verbrauch an Primärrohstoffen sowie großes Abfallaufkommen. Die österreichische Wirtschaft hat noch viel Potenzial, was sogenannte „kreislaufwirtschaftlichen Instrumente“ betrifft, die vor dem Recycling stattfinden, nämlich beispielsweise Repair, Refurbish und ReUse. Neben dem riesigen Potenzial im Bereich Klimaschutz/Umweltschutz, hat die Umgestaltung unserer Wirtschaft in Richtung einer Kreislaufwirtschaft aber auch große Vorteile und Chancen für den Arbeitsmarkt.

Laut WIFO-Studie werden aufgrund der hohen Arbeitsintensität und der zuweilen limitierten Automatisierungsoptionen große Beschäftigungspotentiale für eine weitreichend kreislaforientierte und ressourcenschonende Wirtschaft angenommen. In der EU wird durch eine Annäherung an eine Kreislaufwirtschaft ein Netto-Zugewinn von etwa 700.000 Arbeitsplätzen und eine Erhöhung des BIP um fast 0,5% bis 2030 erwartet. Laut der bereits erwähnten WIFO-Studie werden die größten kreiswirtschaftlichen Beschäftigungspotentiale im Umfeld von ReUse (konkret auch und vor allem in Secondhand-Shops und Online-Plattformen) sowie von Reparatur gesehen.

Es muss hier an mehreren Ebenen angesetzt werden: Einerseits braucht es entsprechend ausgebildete Menschen, die diese zusätzlichen Jobs auch entsprechend ausüben können. Von Expertinnen und Experten wird erwartet, dass es mehr Reparatur- und Servicetechniker:innen, Recyclingtechniker:innen für Verwertungsbetriebe und Entsorgungsfachbetriebe, Kunststoffrecycling-techniker:innen und Kompostfachleuten, aber auch Fachkräfte in Schneidereien, Elektrofachleute, (E-)Commerce-Fachkräfte und EDV-Fachleute für die Digitalisierung der Kreislaufwirtschaft brauchen wird. Um diesen steigenden Bedarf zu decken, braucht es gezielte Aus-, Weiter- und Umschulungsangebote.

Kursangebote des AMS sollen darauf noch stärker umgestellt werden, zusätzlich könnte der Staat durch das Betreiben von überbetrieblichen Lehrwerkstätten bereits jetzt die Arbeitskräfte der Zukunft ausbilden.

In vielen Bereichen - von Elektrogeräten bis hin zu Textilien - gibt es große Möglichkeiten zur Wiederverwendung, Reparatur, Recycling oder Refurbishing. Die Möglichkeiten sind jedoch bei weitem nicht ausgeschöpft. Deswegen kann der Staat genau hier ansetzen. Durch Beschäftigungsprogramme und öffentliche Organisation von kreislaufwirtschaftlichen Projekten, wie das Betreiben von Werkstätten oder Sortier- und Sammelstationen können nachhaltige Arbeitsplätze in ganz Österreich geschaffen werden. Bestehende Projekte und Betriebe können gezielt gefördert und unterstützt werden und so die Beschäftigung in diesen Bereichen zu steigern. Gerade sozialökonomische Betriebe sind in dem Bereich Vorreiter. Um abzuschätzen, wie viele zusätzliche Arbeitsplätze möglich wären, gehen Schätzungen der WIFO-Studie zufolge von einem Potenzial von 70 Arbeitsplätze pro 1.000 metrischen Tonnen ReUsefähiger Abfälle aus.

Für eine effektive Kreislaufwirtschaft braucht es aber vor allem auch die entsprechenden rechtlichen Grundlagen und ausreichend Förderungen seitens des Bundes und der Länder. Die Möglichkeit für Recycling, Trennbarkeit und Wiederverwendbarkeit von Materialien sind ein wesentlicher Hebel für die Kreislaufwirtschaft. Darüber hinaus braucht es ein Vernichtungsverbot von nicht verderblichen, unverkauften Waren und klare gesetzliche Bestimmungen, wie diese Waren dann wieder aufbereitet werden können. Zusätzlich sollen mehr Anreize zur Reparatur – angelehnt an den Reparaturbonus – geschaffen werden.

Darüber hinaus braucht es national, aber auch (EU-weit) strengere Produkt-Design Richtlinien, damit die Qualität der Produkte und die Möglichkeit deren Reparatur bzw. der Wiederverwendbarkeit auch entsprechend sichergestellt werden kann. Mit den richtigen Maßnahmen können gute Jobs geschaffen und gleichzeitig wichtige Schritte im Kampf gegen die Klimakrise gesetzt werden.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, heranzutreten und diese aufzufordern, umgehend Maßnahmen für mehr Jobs im Bereich der Kreislaufwirtschaft durch folgende Maßnahmen zu setzen:

- a. zusätzliche Aus-, Weiter- und Weiterbildungsmöglichkeiten, um den Bedarf an Arbeitskräften für diesen Bereich entsprechend zu decken;
- b. Verbesserung von gesetzlichen Grundlagen, um eine effektive Kreislaufwirtschaft zu ermöglichen, wie insbesondere der Kriterien bei Ausschreibungen sowie einem umfassenden Vernichtungsverbot für intakte Waren und strengere Produkt-Design Richtlinien“